

An die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,
die Fraktionsvorsitzenden der Parteien und Wählervereinigungen und
Herrn Bürgermeister Eric Bänziger der Gemeinde Weingarten

Einstieg nicht Ausstieg

Initiative gegen den Autobahnlärm in Weingarten

Situation

Seit mehr als 20 Jahren ist eine Lärmschutzmaßnahme zur Bundesautobahn für die exponierte Waldbrücke in Planung. Die Ergebnisse hierzu wurden am 10. Oktober 2012 den zahlreich erschienen Bürgerinnen und Bürgern der Waldbrücke präsentiert.

Grundtenor der Veranstalter von Gemeinde und Planungsbüro war: Zu teuer, zu aufwändig, zu Umwelt belastend. Mögliche Alternativen zum vorgestellten Lärmschutzwall - beispielsweise eine Lärmschutzwand - wurden angesprochen aber als nicht finanzierbar und in der Planung nicht vorgesehen, zurückgewiesen.

Mit der Präsentation der Planungsergebnisse - als vorletztem Schritt - soll nun abschließend im Gemeinderat Weingarten der vorgestellte Lärmschutzwall behandelt werden.

Da keine der Gemeinderatsfraktionen, was zu befürchten steht - tatsächlich beabsichtigt diesem Vorhaben zuzustimmen, ist davon auszugehen, dass auch weiterhin und auf lange Zeit die Waldbrückenbewohner mit einer massiven BAB-Lärmbelastung allein gelassen werden.

Angesichts generell knapper Kassen und der besonderen angespannten Haushaltssituation Weingartens, bedeutet dies im Klartext, dass sich die Einwohnerschaft der Waldbrücke auf eine stetig wachsende und nicht endende Geräuschkulisse einzustellen hat.

Wie konnte es dazu kommen? Die Lärmbelastung hat kontinuierlich zugenommen und wird weiterhin steigen. Zahlen belegen, dass sich seit den achtziger Jahren das Verkehrsaufkommen auf dem Autobahnabschnitt zwischen Karlsruhe und Bruchsal mehr als verdoppelt hat. Die Waldbrücke ist ohne jeglichen Lärmschutz. Die ersten Häuser stehen ungeschützt gerade mal 300 m vom Randstreifen der Autobahn entfernt.

Es wurde offensichtlich in der Vergangenheit versäumt, mit der Autobahnerweiterung einen Lärmschutzwall aus Bundesmitteln für die Waldbrücke einzufordern. Es sind seitens des Gemeinderates in der Vergangenheit keine ausreichenden Bemühungen unternommen worden, den Lärmschutz für die Einwohnerschaft - wie fast überall - auch in der Waldbrücke zu realisieren.

Bei der zwischenzeitlich enormen Lärmbelastung besteht durchaus die Gefahr einer Abwertung der Waldbrücke, da sich der Wohnwert durch die BAB-Lärmbelastung verringert.

Es ist zu befürchten, dass der Gemeinderat, aktuell schon aus Kostengründen, wirkungsvollen Lärmschutz ablehnen wird.

Wir erwarten, dass eine qualifizierte Lärmschutzmassnahme für die Waldbrücke und die westlichen Ortsteile konsequent, transparent und abgestimmt vorangetrieben wird.

Diese ist verbindlich in eine kommunale Agenda aufzunehmen und der betroffenen Einwohnerschaft darüber regelmäßig Bericht zu erstatten.

Wir verlangen den *Einstieg* und nicht den *Ausstieg* in Lärmschutzmaßnahmen!

Kontakt: Karlheinz Weiß Mail: khweiss@palas.de, Tel.: 07244/706523